

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 48

Montag, den 28. Februar 1927.

101. Jahrgang

Die englisch-russische Spannung.

Rußlands Antwort an England.

II. London, 28. Febr. Die sowjetrussische Antwort auf die britische Protestnote ist am Samstagabend hier eingetroffen. Da sich die amtlichen Persönlichkeiten während des Wochenendes nicht in London befinden, konnte sich eine feste Meinung noch nicht bilden. Nach dem ersten allgemeinen Eindruck kann jedoch gesagt werden, daß die Antwort von den hochkonservativen Elementen kaum als befriedigend betrachtet werden dürfte. Die geschickte Formulierung der russischen Antwort gibt aber diesen Kreisen nur geringe Möglichkeit, weiterhin mit Erfolg gegen den gemäßigten Standpunkt Chamberlains aufzutreten.

Der Inhalt der russischen Antwortnote.

Die am Samstag dem englischen Geschäftsträger in Moskau überreichte und von dem stellv. Außenkommissar Litwinow unterzeichnete Antwortnote der Sowjetregierung weist in teilweise sehr scharfer und ironischer Weise die Vorwürfe und Angriffe der englischen Regierung zurück. Die Note stellt fest, daß die englische Regierung nicht einen Fall der Verletzung des Abkommens von 1923 mitgeteilt habe; lediglich eine Reihe von Äußerungen sowjetrussischer Politiker und Zeitungen seien wiedergegeben worden. Demgegenüber weist die russische Antwort darauf hin, daß verschiedene Mitglieder der englischen Regierung Angriffe gegen Rußland gerichtet hätten, die wenig diplomatischen und friedlichen Charakter tragen. Die Sowjetregierung habe vollkommene Neutralität gewahrt und gebe sich alle Mühe, die Beziehungen zu England zu verbessern. Sie müsse aber lei-

der feststellen, daß die englische Regierung über Charakter und Ziele der Sowjetunion sehr schlecht informiert sei. Als fixe Idee könne man die ständigen Hinweise von englischen Regierungsmitgliedern auf die Allgegenwart und Allmacht der sogenannten Sowjetagenten, die man als Urheber aller Schwierigkeiten des britischen Reiches, beinahe in allen Erdteilen hinstelle, mit demselben Recht bezeichnen, wie die Äußerungen russischer Staatsmänner über die Sowjetfeindlichkeit Englands. Scharf werden auch in der russischen Antwort die Angriffe der englischen Note gegen verschiedene Mitglieder der Sowjetregierung, besonders gegen Tschitscherin, zurückgewiesen. Die russische Regierung könne ihren Mitbürgern nicht verbieten, anderen unterdrückten Völkern ihre Sympathie auszusprechen. Die Sowjetregierung werde sich durch Drohungen nicht einschüchtern lassen. Zum Schluss wird erklärt, daß die russische Politik sowohl im nahen wie im fernen Osten durchaus friedlichen Charakter trage und daß die Sowjetregierung es begrüßen würde, wenn auch die englische Regierung zu einer Besserung der russisch-englischen Beziehungen beitragen würde.

Antibritische Massenversammlungen in Rußland.

II. Moskau, 28. Febr. In sämtlichen russischen Städten wurden gestern Massenprotestversammlungen gegen die englische Note veranstaltet, auf denen eine gebührende Antwort auf die englischen Forderungen verlangt wurde. Auch die „Iswestija“ äußerte sich scharf ablehnend gegen die englische Note.

Tages-Spiegel.

Der französische Außenminister hat in bedeutsamen Ausführungen zur deutsch-französischen Verständigungspolitik Stellung genommen.

Die russische Antwort an England ist am Samstag dem britischen Geschäftsträger in Moskau übergeben worden.

Der zurzeit in Berlin weilende deutsche Gesandte in Warschau wird der polnischen Regierung neue deutsche Anregungen zur Ausweisungsfrage überbringen.

Der Reichstag hat am Samstag seine Beratungen auf 8 Tage unterbrochen.

Zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei sind seit einiger Zeit Verhandlungen im Gange, die eine Arbeitsgemeinschaft der beiden Parteien erstreben.

Senator Owen schreibt in Washingtoner Zeitungen, es sei klar bewiesen, daß Frankreich und Rußland den Ausbruch des Weltkrieges verschuldet haben.

Morgen Wiederbeginn der Wirtschafts-verhandlungen mit Frankreich.

II. Berlin, 28. Febr. Die Morgenblätter melden aus Paris: Nach einer Mitteilung des französischen Handelsministeriums werden bereits am 1. März die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen beginnen, und zwar, wie es in der Auslassung heißt, sowohl um gewisse Abänderungen an den bestehenden deutsch-französischen Handelsabmachungen vorzunehmen, als auch um die Grundlage eines endgültigen Handelsvertrages festzusetzen.

Zur Wiederaufnahme der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen veröffentlicht das Handelsministerium folgenden Bericht:

Die deutsche Delegation trifft unter Führung des Ministerialdirektors Poße heute abend in Paris ein. Dienstag, den 1. März, beginnen die Verhandlungen im Handelsministerium, um gewisse Abänderungen der gegenwärtig in Kraft befindlichen deutsch-französischen Handelsabmachungen vorzunehmen und um die Grundlagen eines endgültigen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich festzulegen.

Beratungspause im Reichstag.

Berlin, 28. Febr. Der Reichstag hat am Samstag seine Sitzungen auf 8 Tage unterbrochen. Nach deren Ablauf wird man in der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums, die am Freitag begonnen hat, fortfahren. Wie es schon seit langem Brauch geworden ist, hat man die vielgestaltige Materie für die Einzelerörterung sinngemäß aufgeteilt. An der Samstag-Ansprache beteiligten sich nur drei Redner, die sämtlich Front gegen die Sozialdemokratie nahmen. Der Kommunist Kädel freilich ließ sich dabei lediglich von Konkurrenzgründen leiten und die Tonart, die er gegen die verhasste Nachbarpartei anschlug, war denn auch demgemäß. Der Zentrumsabg. Becker-Urnsberg strich die Arbeiterfreundlichkeit seiner Partei gehörig heraus. Er nahm für seine Partei das Verdienst in Anspruch, vor der Sozialdemokratie für den Arbeiterschutz eingetreten zu sein. Auch der Volksparteiler Thiel wandte sich gegen die einseitige Darstellung, die der Sozialdemokrat Hoch von der Entwicklung der Sozialpolitik gegeben hat, und kritisierte sie in mehreren Punkten. Im übrigen unterbreitete er dem Haus eine ganze Reihe bemerkenswerter Anregungen. So ging er unter anderem auch auf den kürzlich aufgetauchten Gedanken ein, die Schulzeit um ein Jahr zu verlängern, um so die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen, die bekanntlich ein starkes Kontingent stellen, zu vermindern. In der Tat wird es von Interesse sein, aus dem Mund des Arbeitsministers zu erfahren, welche Stellung die Regierung zu dieser Frage einnimmt.

Der Wehretat im Reichshaushalt verabschiedet.

II. Berlin, 28. Febr. Der Hauptausschuß des Reichstags führte am Samstag die Beratung des Marineetats zu Ende. Nach den Anträgen der Regierungsparteien wurden von den Summen für Schiffsbauten und Schiffsarmierungen insgesamt 2 345 000 M gestrichen. Weitere Streichungsanträge wurden einem Unterausschuß überwiesen. Im übrigen wurden die Ausgaben für die Marine genehmigt. Bei der Beratung des Restes des Wehretats nahm der Ausschuß entsprechend den Anträgen des Unterausschusses Streichungen im Reichswehretat in Höhe von 4 428 000 M vor. Darauf wurde der Etat des Reichswehrministeriums verabschiedet und der Ausschuß vertagt sich.

Briand über die Verständigungspolitik.

Eine bedeutsame Rechtfertigung des französischen Außenministers.

II. Paris, 28. Febr. Briand veröffentlichte am Samstag im „Petit Parisien“ längere Ausführungen über die französische Politik gegenüber Deutschland. Einleitend behandelt er die Wirkungen von Locarno und behauptet, daß der Versailler Vertrag, der von Deutschland als ein Instrument des Hasses bezeichnet worden sei, jetzt ein vom ganzen Reich einschließlich Hindenburg anerkanntes Abkommen geworden sei. In diesem Zusammenhang hebt er die Bedeutung der freiwilligen Anerkennung der französisch-deutschen Grenze am Rhein und den Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen in Locarno hervor sowie die Schaffung einer Art entmilitarisierter Zone entlang der deutschen Ostgrenze. Die Politik, die sich mit Zustimmung des französischen Parlaments entwickelte, werde in voller Übereinstimmung mit den Alliierten Frankreichs geführt. Sie verfolge die Absicht, Deutschland und Frankreich durch politische und wirtschaftliche Verträge einander zu nähern, um so eine moralische und materielle Solidarität beider Länder zu schaffen. Das sei eine Arbeit auf lange Sicht, die viel Geduld erfordere und zahlreiche Hindernisse zu überwinden habe. Er, Briand, habe es nie bereut, den Weg der Annäherung eingeschlagen zu haben. Trotz der Einwendungen der Pessimisten sei bereits auf ihm ein schönes Stück zurückgelegt.

Im Versailler Vertrag, so sagt Briand weiter, fehle eine Garantie durch die Hauptalliierten Frankreichs für den Status quo. England habe diese Garantie wegen des Fernbleibens Amerikas nicht bieten können. Nach dem Locarnovertrag habe eine Verletzung der entmilitarisierten Zone nunmehr das englische und italienische Eingreifen zur Folge. Dabei sei zu beachten, daß Locarno Frankreich nicht daran hindere, diese Zone zu durchschreiten, um bei einem Angriff auf seine polnischen und tschechischen Verbündeten diesen zu Hilfe zu kommen. Man vergesse zu leicht die Anerkennung der französischen Bündnisverträge mit Polen und der Tschechoslowakei durch Deutschland, ebenso, daß sich nach dem Kriege jenseits der Rheingrenze noch Verschiedenes geändert habe.

Briand bespricht darauf die Schwierigkeiten, die ihm 1922 in Cannes für die gleiche Politik im Wege gestanden hätten. Damals seien die Blicke der Deutschen nach Moskau gerichtet gewesen. Briand erinnert an die Beunruhigung, die 3 Monate später durch die Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages entstanden sei und die darauf folgenden Befürchtungen, daß im Osten Europas sich ein Block bilden werde, der den Frieden und den Wiederaufbau Europas gefährdet hätte. Demgegenüber befriedige ihn der gegenwärtige Stand der Dinge. Deutschland sei dank Locarno nunmehr entschlossen nach Westen gekehrt. Es habe begriffen, daß dort seine Interessen lägen. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

und nicht zuletzt die Anwesenheit des deutschen Außenministers viermal während eines Jahres in Genf, seine unmittelbaren Verhandlungen mit den alliierten Außenministern und die erzielten Fortschritte hätten tiefgehendste Veränderungen in der Auffassung beider Völker bewirkt. Die moralische Entwicklung in den täglichen Beziehungen beider Länder sei für ihn am wichtigsten. Ohne diese wäre seinerzeit eine Denunzierung der militärischen Verbände durch Scheidemann niemals möglich gewesen. Ohne sie hätte das deutsche Volk niemals das Abkommen über das Kriegsmaterial und die deutsch-Östbeseitigungen gebilligt. Im Rheinland, wo sich noch vor kurzem Zwischenfall reichte, herrsche nunmehr völlige Ruhe.

Der von deutscher Seite geführte Feldzug für eine vorzeitige Rheinlandräumung stehe damit nicht im Widerspruch. Wenn die Deutschen die Räumung ihrer Gebiete wünschen, so seien sie in ihrem Rechte. Auch die Franzosen würden an ihrer Stelle nicht anders handeln. Die Vorbedingung für die Rheinlandräumung habe mit Locarno nichts zu tun. Für sie komme der Artikel 431 des Versailler Vertrages in Betracht. Zu Thoiry habe Stresemann nichts gesagt, was mit dem Versailler Vertrag im Widerspruch stünde. Die Frage der vorzeitigen Räumung wurde im Dezember in Genf nicht aufgestellt und bildete auch nicht den Gegenstand irgend einer Erörterung. Die vorzeitige Räumung des Rheinlandes sei in Wirklichkeit eine interalliierte Angelegenheit und die den drei Regierungen zu leistenden Garantien seien äußerst schwierig praktisch zu verwirklichen, wie Dr. Stresemann übrigens selbst habe feststellen können.

Es sei daher zwecklos, darüber zu diskutieren, was das neue Kabinett März in dieser Hinsicht machen werde. Man verüble ihm, daß es reaktionäre Elemente aufweise, die der Annäherungspolitik feindlich gegenüberstünden. Zur besseren Beurteilung des Kabinetts sei es zweckmäßig, seine Taten abzuwarten. Es müsse hervorgehoben werden, daß die nationalen Elemente die Zentrumsrichtlinien und die ministerielle Erklärung, die die Beachtung der Verträge ausspreche, unterzeichnet haben. Das erste Mal sei auf die Idee der Revanche verzichtet worden. Man müsse sich nur vorstellen, was nach 1870 die französischen Politiker in der Kammer für eine Sprache geführt hätten, wenn Gambetta 5 oder 6 Jahre nach dem Kriege freiwillig in einem diplomatischen Akt, der die Grenzen des Frankfurter Friedens anerkannt haben würde, endgültig auf Elsaß-Lothringen verzichtet hätte. Was würden dazu wohl die Franzosen gesagt haben? Daher mögen die Franzosen, statt sich mit der Reichswehr und deren Organisation, die von den Alliierten bestimmt worden sei, und statt sich mit den deutschen Ostbeseitigungen zu beschäftigen, sich lieber mit der Organisation ihrer eigenen Armee und dem Schutz ihrer eigenen Grenzen befassen. Obwohl die Vorbedingungen für die Sicherheit Frankreichs bei den Franzosen selbst lägen, dürfe aber niemals der Friede vergessen werden.

Umschau.

Die bevorstehende Sitzung des Völkerbundesrates gibt Veranlassung, unsere außenpolitische Lage wieder einmal zu überprüfen. Was jetzt und in der nächsten Zeit im Vordergrund der Diskussion stehen wird, ist nichts anderes als das Problem der deutschen Außenpolitik, die Frage der Rheinlandräumung in ihrer ganzen Vielgestaltigkeit. Um dieses Problem gruppiert sich die Saarfrage, die Minderheitenfrage, die Frage Eupen-Malmedy und einiges andere mehr. Das Räumungsproblem ist schlechthin der Angelpunkt der ganzen künftigen deutschen Außenpolitik. Man wird deshalb bei der Erörterung dieser Fragen mit größter Sorgfalt vorgehen müssen, zumal die Franzosen es offenkundig darauf angelegt haben, sich nicht ohne weiteres auch nur auf die Diskussion dieser Dinge einzulassen. Und doch wird man sich eines Tages dazu verstehen müssen, das Problem seiner Lösung zuzuführen, denn die gegenwärtige politische Situation Europas verträgt es einfach länger nicht mehr, daß eine Frage von so weittragender Bedeutung ungelöst bleibt. Für die deutsche Außenpolitik dreht es sich in erster Linie darum, den richtigen Zeitpunkt auszuwählen, wo das Ausschneiden der Räumungsfrage mit einiger Aussicht auf Durchsetzung des deutschen Standpunktes erfolgen kann. In Paris scheint man zurzeit noch immer nicht geneigt, auch nur unter der Hand mit Deutschland zu verhandeln oder gewisse Sondierungen durchzuführen zu lassen. Herr Briand liebt es, immer wieder seine schwierige innerpolitische Situation gegenüber einem etwaigen deutschen Verlangen auf Erörterung der Räumungsfrage auszuspielen. Selbstverständlich soll man deutscherseits diese Argumentation nicht zu gering einschätzen, denn uns liegt schließlich nur daran, in absehbarer Zeit zu einem Einvernehmen mit Frankreich zu kommen. Allerdings, wie gesagt, in absehbarer Zeit! Man kann es sich wohl vorstellen, daß die Reichsregierung, wenn die Franzosen die Dinge immer weiter verschleppen, eines Tages gezwungen sein wird, auf Grund des Versailler Vertrags die Räumung des Rheinlandes in aller Öffentlichkeit zu fordern. Es geht nicht an, daß Herr Briand von seinem Kollegen Dr. Stresemann dauerndes Entgegenkommen verlangt. Wir haben nichts dagegen, wenn hier und da unsererseits ein Auge zugedrückt wird. Aber schließlich sollen sich die deutschen Staatsmänner nicht immer wieder von neuem auf bessere Zeiten vertrösten lassen. Es kann der Augenblick kommen — vielleicht ist er auch gar nicht mehr so fern — wo außenpolitische Aktivität nicht nur das Recht, sondern die Pflicht und Schuldigkeit des Reichsaussenministers sein wird. Vorläufig wird man ja versuchen, in Genf die nötigen Sondierungen vorzunehmen. Die Ansichten dafür sind zurzeit leider alles andere als gut. Das Programm der Märztagung des Völkerbundes birgt zwar sehr wesentliche Punkte in sich, man braucht nur an die Neukonstituierung der Regierungskommission des Saargebietes und die notwendig gewordene Entscheidung des Rates über die Schulproteste der deutschen Minderheiten in Polnisch-Oberschlesien zu denken. Zu einem Optimismus können wir uns aber nicht verstehen, wenn wir an die wahrscheinliche Lösung dieser Teilfragen denken. Es steht zu befürchten, daß die francophilen Elemente gerade in diesen Punkten sich durchsetzen werden. Und dann ist schon sehr viel rein stimmungsmäßig für uns verdoeben. Wenn man dazu bedenkt, daß Deutschland auf der Märztagung auch noch den Vorschlag im Völkerbundsrat hat, bleibt eigentlich nicht mehr viel zu hoffen übrig. In dieser Situation kann nur eine zielbewusste außenpolitische Aktivität für Deutschland aus der künftigen Entwicklung der Europa-Politik herauszuholen, was herauszuholen ist.

Dem Kabinett Poincaré, das, wie man nicht vergessen darf, als Kabinett zur Rettung des Frankenkurses gebildet wurde, und das, um dieser Aufgabe gerecht werden zu können, einen innenpolitischen Befrieden proklamierte, drohen zwei Gefahren nach der Besteuerung des Frankenkurses. Einmal war es die Frage der Wahlreform, die sich wieder in den Vordergrund schob, nachdem der Franken wenigstens scheinbar stabilisiert war, und zum anderen war es die Frage der Ratifizierung des Schuldenabkommens mit England und Amerika, die zum Sprengmittel für das Kabinett zu werden drohte. Hatte im vorigen Jahre Poincaré alle diese Fragen vertragen können mit der Begründung, daß erst der Etat verabschiedet werden müsse, und daß man vor allem an die Sanierung der Währung zu denken habe, so mußten doch bei Wiederbeginn der Parlamentstagung sowohl die Wahlreform wie die Schuldenfrage akut werden. Die Klippe der Wahlreform, die für das Kabinett sehr gefährlich hätte werden können, umschiffte Poincaré glücklich dadurch, daß er die Frage der Armereform in den Vordergrund schob und erklärte, daß die Wahlreform erst dann erledigt werden könnte, wenn die Gesetze über die Reorganisation der Wehrmacht angenommen seien. Damit ist das Problem der Wahlrechtsreform zunächst einmal vertagt, auf wie lange Zeit, weiß niemand zu sagen, denn es ist wohl denkbar, daß Poincaré nach Erledigung der Armereform andere Vorlagen herausfindet, die im Interesse des Vaterlandes beschleunigt verabschiedet werden müssen. Ist damit eine der dem Kabinett Poincaré drohenden Gefahren zum mindesten vorerst gebannt, so ist auch Poincaré bemüht, das zweite Hindernis, das Problem der Schuldenregelung, zu umgehen. Die Taktik, die er dabei einschlägt, ist, wie es sich für einen Politiker von seinen Staden ziemt, außerordentlich geschickt. Die Gläubiger sollen das erhalten, was ihnen zusteht, ohne daß das Parlament sich mit der Angelegenheit zu befassen hat und ohne daß die Frage der Ratifizierung der Schuldenabkommen endgültig entschieden wird. So hat der französische Ministerpräsident mit der englischen Regierung ein Abkommen getroffen, nach dem Frankreich im Rechnungsjahre 1927 und 1928 einen Betrag von 6 Millionen Pfund an England zahlt, und zwar je zur Hälfte Mitte September 1927 und Mitte

1928. Diese Vereinbarung entspricht durchaus dem Caillaux-Churchillischen Abkommen vom Juli 1926, auf Grund dessen Frankreich bereits im vergangenen Jahre 4 Millionen Pfund zahlte. Poincaré hat auch in Amerika sondieren lassen, ob sich Washington mit einer ähnlichen Regelung für dieses und das kommende Jahr einverstanden erklärt, doch liegt eine Antwort der Washingtoner Regierung hierüber noch nicht vor. Käme auch eine französisch-amerikanische Vereinbarung zustande, so wäre damit immerhin erreicht, daß die ganze Schuldendebatte um mindestens ein Jahr vertagt wäre. Man ist nun in der Kreise der französischen Opposition keineswegs mit dem Vorgehen des Ministerpräsidenten einverstanden, sondern man vertritt die Auffassung, daß Poincaré durch die von der Regierung beschlossene Zahlung die Rechte des Parlamentes verlege, aber man weiß auch sehr gut, welche Gefahren für die Währung eine politische Krise mit sich bringt, und man verzichtet deshalb gern darauf, die Verantwortung für eine solche Entwicklung zu übernehmen, worin nicht zuletzt die Stärke des Kabinetts Poincaré liegt.

In den letzten Tagen hat sich in Prag ein Vorgang vollzogen, der von der breiteren Öffentlichkeit leider zu wenig beachtet worden ist. Man hatte nur erfahren, daß parlamentarische Abordnungen der Tschechoslowakei und Jugoslawiens zusammengesetzt waren, um gemeinsam gewisse einheitliche politische Linien für beide Länder herauszuarbeiten. Die Kommission hat ungefähr eine Woche lang getagt und hat mit der Formulierung von zwei Entschlüssen geendet, die das kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeiten beider Länder betreffen. Daß beide Entschlüsse einmütig angenommen wurden, sei nur am Rande erwähnt. Die Resolutionen selbst sind u. E. überhaupt nicht das Wesentliche an der Angelegenheit. Wir halten vielmehr für wichtig, die außerordentlich bedeutungsvolle Tatsache, daß sich hier an der Pforte Südosteuropas ein neuer Staatenblock bildet, der entschlossen ist, sein politisches, wirtschaftliches und kulturelles Gewicht auch geschlossen einzusetzen. Gewiß sind beide Länder schon in der sog. kleinen Entente zu gemeinsamer politischer Arbeit verbunden gewesen. Es bestand aber im allgemeinen nicht allzuviel Anlaß, dieser östlichen Staatengemeinschaft besonderes politisches Gewicht beizumessen, da die politischen Interessen der in ihr vertretenen Staaten doch sehr stark auseinandergingen. Es sei nur an die besarabischen Ambitionen Rumaniens erinnert! Ein tschechisch-südslawischer Block hat aber für sich unbedingt die innere Einheitlichkeit und die Großkraft kultureller und wirtschaftlicher Geschlossenheit. Für die Regierung in Belgrad mag das treibende Element bei Anbahnung dieser neuen Allianz vielleicht in erster Linie das Bedürfnis nach einer Rückversicherung gegenüber den italienischen Balkanplänen gewesen sein. Man weiß ja, daß die Expansionspläne beider Länder in der Adria hart aufeinander stießen und daß dort ein neuer Gefahrenherd für europäische Verwicklungen entstanden ist. Ueber die reine Rückversicherungsbedeutung hinaus kommt aber einer tschechisch-südslawischen Zusammenarbeit insofern besondere Bedeutung zu, als hier ein Mächteblock im Werden ist, dessen politisch ausschlaggebende Kräfte rein slawischer Herkunft sind. Auch in Deutschland wird man gut tun, die Entwicklung an der südosteuropäischen Pforte sorgfältig zu beobachten, da nicht nur das Reich dort erhebliche wirtschaftliche Interessen zu vertreten hat, sondern auch die kulturelle Gemeinschaft mit dem kroatischen und dem Sudetendeutschtum verpflichtet.

Daß die chinesischen Ereignisse nicht isoliert und für sich selbst zu betrachten, sondern vielmehr in ihren Auswirkungen auf die allgemeine Weltpolitik zu bewerten sind, stand von vornherein fest. Wenn die Entwicklung in China sich eine Zeitlang lediglich auf die Vorgänge des internen Marschallkrieges beschränkte, so blieb der ernste internationale Hintergrund doch immer bestehen. Nun hat es allen Anschein, daß die Rückwirkungen der chinesischen Vorgänge auf die internationalen Beziehungen der Völker früher, als vielleicht erwartet wurde, eingetreten sind. Die englische Regierung hat kürzlich eine Protestnote an die Sowjetregierung gerichtet und darin mit dem Abbruch der Handelsbeziehungen gedroht. Zweifellos hängt diese Zuspitzung der englisch-russischen Beziehungen mit der äußerst delikaten Position zusammen, die England in China einnimmt. Geseht den Fall, daß die Londoner Regierung in ihrer Chinapolitik erfolgreicher gewesen wäre, würde sie kaum eine so radikale Maßnahme ergreifen haben. Wohl haben die langen Verhandlungen zwischen den britischen Unterhändlern und dem Kantoneser Außenminister endlich zu der Unterzeichnung eines Abkommens geführt. England hat sich aber in diesem Abkommen großer Vorteile begeben müssen. Indirekt wird auch hierfür die russische Propaganda verantwortlich gemacht. Und vollends erst für die Schwierigkeiten, die gerade in diesen Tagen in Shanghai eingetreten sind, wird Rußland die Schuld in die Schuhe geschoben, da Moskau die chinesischen Nationalisten ja überall unterstützt hat. So bedeuten die chinesischen Ereignisse auch eine Gefahr für die europäische Atmosphäre, die ohnehin mit Spannungen gefüllt ist.

Braun über den Einheitsstaat.

Der amtliche preussische Pressedienst veröffentlicht eine Rede, die der preussische Ministerpräsident Braun im Auditorium Maximilian der Berliner Universtität auf Einladung der Vereinigung sozialdemokratischer Studenten hielt. Der Minister führte folgendes aus:

Es sei zu bedauern, daß man im November 1918 bei dem Zusammenbruch des alten Reiches die Gelegenheit zur Errichtung des Einheitsstaates veräumt habe, weil in jenen stürmischen Tagen die wirtschaftlichen und anderen Tagesnöte alles andere in den Hintergrund gedrängt hätten. Trotzdem sei anzuerkennen, daß es der Nationalversammlung gelungen sei,

wenigstens gewisse Einrichtungen des öffentlichen Lebens, wie z. B. die Post, die Eisenbahn, die Verwaltung der Flüsse und Wasserstraßen, der Finanzen, der Armee, der Gesetzgebung und anderes mehr einheitlich zu gestalten.

An der Gliederung des Reiches in Einzelstaaten habe die Verfassung jedoch nichts geändert. Für den Fortbestand dieser Kleinen Staaten könne man keine kultur- und wirtschaftspolitischen Gründe ins Feld führen, da diese Staaten willkürlich im Anfang des vorigen Jahrhunderts durch Napoleon geschaffen worden seien. So komme es, daß vor allem im Reichsrat die Berücksichtigung der Länder merkwürdige Zustände schaffe, indem man den zahlenmäßig Preußen zustehenden Einfluß künstlich durch verschiedene Bestimmungen beschränkt habe. Insbesondere die Bestimmung über die Provinzialratsstimmen spiegle in keiner Weise die politische Einstellung der von ihnen vertretenen Provinzen wider. Ein Vergleich mit den Ländern zeige, wie sehr der Einfluß Preußens herabgedrückt werde, da z. B. auf die 58 641 Bewohner Waldeck's eine Stimme falle, während in Preußen erst auf 1 412 000 Bewohner eine Reichsratsstimme komme.

Auch in der Verwaltung ergebe sich eine weitere Diskrepanz, da die Kleinstaaten einen Teil ihrer staatlichen Einrichtungen überhaupt nur dadurch halten könnten, daß sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben der benachbarten größeren Staaten bedienten. Die staatliche Selbständigkeit dieser Kleinen Länder sei zurzeit überhaupt nur dadurch möglich, daß der Paragraph 35 des Finanzausgleichsgesetzes aufrecht erhalten werde. In finanzieller Beziehung ließen auch die Beziehungen zwischen Reich und Preußen zu wünschen übrig, da das Reich für ganz zwecklose Rüstungsausgaben (?) viele Millionen übrig habe, während in Preußen 30 000 Junglehrer hungerten. Das völlig verarmte und von hohen Kriegslasten gedrückte Deutschland könne sich auf die Dauer den Luxus eines so teuren und unweidmässigen Staatsaufbaues, wie es der gegenwärtige sei, nicht leisten.

Ob die Länder als Zwischenstufen noch weiter notwendig seien, das sei eben die Frage, die entschieden werden müsse. Kein Konstruktiv sei das Problem leicht zu lösen; man brauche nur die Reichsverfassung zu ändern und zu bestimmen, daß das Reich aus den Provinzen, Kreisen und Gemeinden bestehe, und die Bestimmung: das Reich besteht aus den Gebieten der deutschen Länder zu streichen. Der Gedanke einer Zerstückelung Preußens sei ebenso abwegig, wie der Vorschlag, Preußen zum Reichslande zu erklären, da durch diesen Vorschlag die Kleinstaaterei nicht abgeschafft werden würde. Der einzige praktische Weg zum Einheitsstaat sei die Ausnutzung aller Möglichkeiten, die dem Reich auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung gegeben seien. Jedoch dürfe hierbei keine finanzielle Benachteiligung der Länder erfolgen.

Die Zukunft der Landwirtschaft.

Eine Rede des Grafen Kalkreuth.

U. Marienburg, 26. Febr. Auf einer Tagung des Kreislandwirtschaftsverbandes Stuhm hielt in Marienburg der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalkreuth, einen Vortrag über die Landwirtschaft und ihre Zukunft. Einleitend betonte er, daß über die Zukunft des deutschen Volkes nicht im Westen, sondern im Osten entschieden würde. Dann führte der Redner aus, daß Deutschland ein Volk sei ohne Raum, das schließlich zum Tatwillen kommen müsse, sich auf irgend eine Weise diesen für sich zu schaffen. Aufgabe der Landwirtschaft sei, den notwendigen Ernährungsraum zu sichern; wenn der Landwirtschaft die Hände freigegeben würden, könne sie aus dem deutschen Boden so viel herausholen, daß noch ausgeführt werden könne. Nur die Landwirtschaft mit freien Händen könne der Arbeitslosigkeit steuern, da sie zur Intensivierung innerhalb Millionen Menschen mehr beschäftigen könne. Durch den gesteigerten Bedarf an Düngemitteln, Maschinen usw. würden auch für die Industrie neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen. In günstigsten Jahren habe Deutschland so viel Getreide hervorgebracht, wie es brauche, aber nicht genügend Fleisch- und Milchprodukte. Die Regierung müsse erkennen, daß die Ernährung aus der einheimischen Scholle die beste und billigste sei. Wichtig für die Zukunft der Landwirte sei ein ausreichender Zoll für Fleisch und Kartoffeln. Bei der Einfuhr von Schweinen aus Polen sei zu fordern, daß keine lebendigen Tiere aus Polen eingeführt, daß geschlachtete Schweine mit hohem Zoll belegt und daß das Fleisch schon jenseits der Grenze von deutschen Tierärzten zum Schutz gegen Seuchen untersucht werde. Schließlich muß verlangt werden, daß das Kontingent für die Fleischeinfuhr nach Oberschlesien wesentlich herabgesetzt werde. Außerdem sei die Einfuhr von südländischem Obst und Gemüse unnötig. Graf Kalkreuth schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß die Regierung und die anderen Erwerbsstände Verständnis dafür zeigen, daß Deutschlands Zukunft in der Ackerholle liege.

Die deutsch-polnischen Beziehungen.

Deutschland trotz Zollkrieg das erste Ein- und Ausfuhrland für Polen.

U. Berlin, 26. Febr. Nach den genauen Gesamtziffern für das Jahr 1926 stellt sich der Anteil Deutschlands am polnischen Außenhandel bei der Einfuhr auf 23,6 Prozent (1925: 31 Prozent) und bei der Ausfuhr auf 24,3 Prozent (1925: 41,3 Prozent). Es ergibt sich also, daß trotz des ganzen Jahr 1926 über anhaltenden Zollkrieges zwischen beiden Ländern die Ausfuhr Polens nach Deutschland prozentual stärker gestiegen ist als die deutsche Wareneinfuhr nach Polen. Beim Vergleich mit der Handelsbeteiligung anderer Länder zeigt sich, daß trotz des Zollkrieges im abgelaufenen Jahr Deutschland weit vor allen anderen Ländern nach wie vor die erste Stelle einnimmt

Nicaragua amerikanisches Protektorat.

Zu New York, 26. Febr. In Washington ist ein neuer Appell des Präsidenten von Nicaragua eingetroffen, nach dem er Amerika um ein Schutz- und Trutzbündnis, was gleichbedeutend dem 100jährigen Protektorat ist, bittet. Danach scheint die gestrige Parlamentsitzung in Nicaragua den Protektoratsvertrag gutgeheißen zu haben.

Kleine politische Nachrichten.

Umfangreiche Kriegsschiffbestellungen Polens und Jugoslawiens in Frankreich. Nach einer Meldung der Wiener „Neuen Freien Presse“ liegen bei den französischen Werken gegenwärtig umfangreiche Aufträge aus Polen und Jugoslawien zur Lieferung von Kriegsschiffen vor. Bekanntlich ist soeben ein Hochseetorpedoboot an Polen abgeliefert worden, ein anderes befindet sich im Bau. Außerdem stehen 3 Minenleger vor dem Stapellauf. In den letzten Tagen sind wieder 3 Unterseeboote für Polen in Auftrag gegeben worden. Alle Schiffe halten sich genau an die Abmessungen, die in der französischen Flotte für diese Einheiten üblich sind. Jugoslawien hat ebenfalls mehrere U-Boote in Bau gegeben.

Reichsangehörigkeit statt Staatsangehörigkeit. Die demokratische Reichstagsfraktion hat auf Antrag des Fraktionsvorsitzenden Koch beschloffen, im Reichstage einen Antrag vorzulegen, in dem die Reichsregierung ersucht wird, einen Gesetzesentwurf einzubringen, der für alle Deutschen an Stelle der Staatsangehörigkeit eine deutsche Reichsangehörigkeit setzt.

Um die Revision der Ministerpensionen. Die demokratische Reichstagsfraktion beantragt einen Gesetzesentwurf, der die Anwendung des Reichsbeamtengesetzes auf zurückgetretene Reichskanzler und Reichsminister der Republik ausschließt und eine der veränderten Stellung der Minister im parlamentarischen Staat entsprechende Regelung bringt, in welchen besonderen Fällen und in welcher Höhe ihnen Uebergangsgelder oder Ruhegehälter gewährt werden.

Aus dem Steuerauschuß des Reichstages. Der Steuerauschuß des Reichstages stimmte der Verlängerung der Regierungsverordnung über den 55prozentigen Steuerzuschlag für Wegeabnutzung durch die Kraftwagenbesitzer bis zum 31. März 1928 zu. Der Auschuß beschloß ferner, den sozialdemokratischen Antrag gegen die Steuererhöhungen sogleich zu behandeln und die Vorlage über den vorläufigen Finanzausgleich erst nach dem 9. März zu behandeln.

Deutsche Industrieführer in Rom. Die römische Presse begrüßte wärmstens die Ankunft Fritz Thyssens und Generaldirektors Wöglers in Rom, da man allgemein annimmt, daß die Besprechung zwischen diesen deutschen Industrieführern und den italienischen Wirtschaftsführern eine Förderung der deutsch-italienischen Handelsbeziehungen bringen werde.

Die Türkei zum Handelsvertrag mit Deutschland. Wie die Abendblätter melden, hat der Handelsauschuß der großen Nationalversammlung den türkisch-deutschen Handelsvertrag gebilligt. Die gesamte Türkei nimmt den Vertrag sehr wohlwollend auf, um so mehr, als die rasche Verständigung mit Deutschland auf dem Boden der Gleichberechtigung, im Gegensatz steht zu den schwierigen Verhandlungen mit anderen Staaten.

Spanien lehnt die Teilnahme an der Wirtschaftskonferenz ab. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat eine offizielle Mitteilung aus Madrid erhalten, in der die spanische Regierung die Einladung zur Teilnahme an der am 4. Mai in Genf beginnenden Weltwirtschaftskonferenz ablehnt.

Außenminister Zaleski reist nach Oberschlesien. Außenminister Zaleski begibt sich nach Kattowitz, um sich mit der Frage der deutschen Minderheitsschulen in Oberschlesien vertraut zu machen. Die unerwartete Ministerreise wird mit dem deutsch-oberschlesischen Schulprotest in Genf, der auf der Märztagung des Völkerbundesrates zur Sprache kommen soll, in Zusammenhang gebracht.

Amerika geht mit gutem Beispiel voran. Das amerikanische Repräsentantenhaus bewilligte die Mittel für den Neubau von 3 weiteren kleinen Kreuzern.

Aus aller Welt.

Ein neues Verfahren zur Vergasung pflanzlicher Stoffe.

Dem Wiener Chemiker Polich ist es gelungen, ein neues Verfahren auszuarbeiten, durch das beliebige Stoffe pflanzlichen Ursprungs ohne jede Vorbehandlung vergast werden können. Die gewonnenen Kraftgase eignen sich für den Betrieb aller Arten von Gas-, Benzin- und Dieselmotoren. Die Anwendung des neuen Gases erfordert keine konstruktiven Aenderungen, sondern lediglich den Ersatz des vorhandenen Vergasers durch einen neuen Generator und eine Umstellung der Zündung.

Neue Hauptstädte der Welt.

In letzter Zeit sind in der Welt drei neue wichtige Hauptstädte entstanden. Die Kantonesen haben die drei Städte Wutschang, Hankau und Hanyang unter dem Namen Wuhan zur Hauptstadt Südschinas erklärt, die auch nach einer etwaigen Vereinigung mit dem Norden die Hauptstadt Chinas bleiben soll. Man behauptet, daß diese Riesstadt in noch nicht 50 Jahren die größte Stadt der Welt sein wird. Australien eröffnet demnächst in Anwesenheit des Herzogs von York, des zweiten englischen Königssohns, in der 1913 gegründeten, ganz neu erschaffenen Hauptstadt Canberra das Parlamentsgebäude. 1924 hatte Canberra 3700 Einwohner, heute, nachdem die Uebersiedelung der Regierungstellen in vollem Gang ist, wahrscheinlich schon einige zehntausend Einwohner. Am 18. Januar ds. Js. hat der Vikarönig von Indien das Parlamentsgebäude der neuen indischen Hauptstadt Neu-Delhi eingeweiht, die im Süden der altindischen Hauptstadt Dehli in den letzten 15 Jahren ebenfalls vollkommen neu erbaut wurde.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. Februar 1927.

Das Ergebnis der Ortsvorsteherwahl in Bad Teinach.

Bei der am gestrigen Sonntag in Bad Teinach vorgenommenen Ortsvorsteherwahl haben von 276 Wahlberechtigten 169 abgestimmt, also rund 61 Prozent. Es erhielten Otto Kaiser, Obersekretär bei der Stadtpflege Gßlingen 122 St., Stadtpfleger Rommel von Alpirsbach 43 Stimmen. Kaiser ist somit gewählt.

Die Arbeitsmarktlage im Bezirk Calw.

(Nach dem Bericht des Deffentl. Arbeitsnachweises.)
Es ist wiederum eine leichte Besserung der Gesamtlage festzustellen. Insgesamt konnte aus der Reihe der beim Deffentl. Arbeitsnachweis vorgemerkten männlichen und weiblichen Stellensuchenden im Monat Februar für die verschiedenen Berufsgruppen in 125 Fällen mit Erfolg, wenn auch zum Teil nur zu Hilfsarbeiten, vermittelt werden. Außerdem wurden 14 Lehrlinge in Lehrstellen untergebracht. Infolge des unlängstigen Schneefalles waren vorübergehend etwa 30 bedürftige Holzhaue in Erwerbslosenfürsorge. Im Uebrigen hat sich die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Metallindustrie und im Baugewerbe, hauptsächlich aber in der Spinnstoff- und Tabakindustrie, verringert. Es sind Anzeichen da, die auf ein weiteres Zurückgehen der Erwerbslosenfürsorge in der Forstwirtschaft und im Baugewerbe schließen lassen, da es durch bankenwertes Entgegenkommen des Straßen- und Wasserbauamts Calw möglich sein wird, schon zu Beginn des Monats März eine größere Zahl Erwerbsloser bei Steinschlagarbeiten unterzubringen. Im Arbeitsnachweisbezirk Calw standen in unterstützender Erwerbslosenfürsorge: am 1. 2. 27 540 männliche und 101 weibliche Personen. Im Laufe des Berichtmonats mußten in die unterstützende Erwerbslosenfürsorge neu aufgenommen werden: 353 männliche und 65 weibliche; dies ergibt bei den männlichen einen Zugang von 18 und bei den weiblichen einen Abgang von 26, was einem reinen Abgang von 8 Personen und demgemäß am 28. 2. 27 einem Stand von 558 männl. und 75 weibl., zusammen 633 Erwerbslosenunterstützungsempfängern entspricht. In Krisenfürsorge standen am 1. 2. 27: 3 und am 28. 2. 27: 4 Personen. Bei Notstandsarbeiten waren zu Beginn des Monats Februar 67, Ende des Monats 58 Personen beschäftigt. Unterstützende Erwerbslosenfürsorge, Krisenfürsorge und produktive Erwerbslosenfürsorge zusammen am 28. 2. 27 695 Personen (im Vormonat — einschl. der Krisenfürsorge — 712). Die vorgenannten Notstandsarbeiter sind z. Bt. beschäftigt: 5 am Schloßhaldenweg Bad Liebenzell, 40 am Waldweg Sonnenhardt, 9 Bachkanalisation Simmozheim, 4 Wasserleitung, Schießhaus, Uhlstraße.

Zur Türbinger Jubiläumsspende.

Der Aufruf zu einer Jubiläumsspende an unsere Landesuniversität Tübingen hat im ganzen Land und darüber hinaus freudigen Widerhall gefunden. So darf wohl mit einem Ergebnis gerechnet werden, das eine wirksame Förderung unseres wissenschaftlichen Lebens ermöglicht. Die Erkenntnis, daß es sich bei dieser Spende um eine Sache von grundlegender Bedeutung handelt, hat in weiten Kreisen eine Hilfsbereitschaft geweckt, die ein volles Seligen des Werkes erhoffen läßt. In mehreren Zuschriften wird der Freude darüber Ausdruck gegeben, daß nun die Aussicht bestehe, einen gewissen Ersatz für die gerade in Württemberg so zahlreichen Stiftungen aller Art zu schaffen. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, wie sehr der wissenschaftliche Nachwuchs für die Universität heute gefährdet ist, und wie es daher die schönste Aufgabe der Universität sein wird, mit den Mitteln der ihr überreichten Spende die Heranbildung eines vollwertigen Nachwuchses zu ermöglichen.

Diensttätigkeit des württ. Landjägerkorps in Straffachen.

Im Amtsblatt des württ. Innenministeriums wird eine Uebersicht über die im Jahr 1926 durch die Landjäger ausgeführten Festnahmen und die von ihnen in Straffachen erstatteten Anzeigen, Berichte und Meldungen veröffentlicht. Danach sind im Kalenderjahr 1926 insgesamt 5521 Festnahmen ausgeführt worden, 210 mehr als im Vorjahr. Zugewonnen haben vor allem die Festnahmen wegen Bettels, wegen Verbrechens und Verbrechens wider die Sittlichkeit und wegen gemeingefährlicher Verbrechen und Vergehen, sowie auch wegen Verfehlungen gegen die Gewerbeordnung; dagegen ist eine Abnahme zu verzeichnen bei Diebstahl und Unterschlagung, bei Landstreicherei, bei Raub und Erpressung, sowie bei Begünstigung und Hehlerei. Die Zahl der von den Landjärgern erstatteten Anzeigen, Berichte und Meldungen erreichte die Höhe von 149 417, das sind gegenüber dem Vorjahr mehr 22 048. Im Durchschnitt des Kalenderjahres betrug die Zahl der Festnahmen 3863, die der Anzeigen 111 473.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Die Depression im Nordwesten beeinflusst die Wetterlage. Für Dienstag und Mittwoch ist mehrfach bedecktes und zeitweilig regnerisches Wetter zu erwarten.

GB Freudenstadt, 27. Febr. Wie aus Böblingen mitgeteilt wird, wurde der Chauffeur Lang, nachdem G. Moser dornnehmungsfähig war, wieder aus der Untersuchungshaft entlassen.

GB Freudenstadt, 27. Febr. Am Freitag konnte das abgestürzte Wasserflugzeug in etwa 80 Meter Seetiefe ermittelt werden. An der Unglücksstätte stehen drei Motorboote. Auf zwei derselben ist eine Spindel befestigt, mit deren Hilfe die Flugmaschine aufgezogen und ans Land geschleppt werden soll, um von da aus mit einem Kran gehoben zu werden. Bis Freitagabend wurde das Flugzeug bis auf 10 Meter unter die Seefläche gebracht, allein es entwand sich den Ankern und Haken und es sank wieder auf den Grund. Die Leiche Lebles konnte unter diesen Umständen noch nicht geborgen werden.

GB Schramberg, 26. Febr. Der Gemeinderat bewilligte den Vorschlag der technischen Abteilung betr. die Erweiterung

und sonstige bauliche Veränderungen am Krankenhaus mit einem Gesamtaufwand von 154 000 M. Der Württ. Girokassenverband gewährt der Stadt zu diesem Zweck ein Darlehen.

GB Spaichingen, 26. Febr. Der Schuldenbestand der Gemeinde belief sich am 1. Januar auf 102 250 M feste Schulden, die schwebenden Schulden und laufenden Verbindlichkeiten auf rund 130 000 M. Der Grundbesitz der Stadtgemeinde beträgt an Feldern 342 Hektar mit einem Schätzungswert von 693 000 M, an Wäldern 376 Hektar mit einem Schätzungswert von 1 120 000 M, der Gebäudebesitz setzt sich zusammen aus 14 Haupt- und 5 Nebengebäuden mit einem Friedenswert von 546 000 M, sowie dem Gas- und Wasserwerk von 250 000 M.

GB Unterdettingen u. Biberach, 27. Febr. Ein Arbeiter vom Illerkanal hatte sich in Ermangelung einer Wohnung mit seiner Familie in der Nähe der Baustelle auf freiem Felde häuslich niedergelassen. Bretter und Balken waren bald gefunden und im Nu war das „Haus“ fertig. Vor einigen Tagen nun machte Gewatter Storch einen Besuch und brachte Familienzuwachs. Da aber die Wohnung in unmittelbarer Nähe der Landesgrenze steht, war man im Zweifel darüber, ob man den kleinen Erdenbürger in das bayrische oder württembergische Geburtsregister eintragen sollte und es blieb nichts anderes übrig, als den Wohnsitz durch den Oberamtsgeometer vermessen und so die Staatsangehörigkeit feststellen zu lassen.

GB Hall, 27. Febr. Stadtschultheiß Emil Hauber ist gestern im Alter von 64 Jahren gestorben. Im Jahre 1924 durfte er sein 25jähriges Amtsjubiläum feiern.

GB Mergentheim, 27. Febr. Der Gemeinderat befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Errichtung einer Gasanstalt. Zwei Kostenvoranschläge sahen einen Gesamtaufwand von 400 000 M und von 280 000 M vor. In der Aussprache wurde angeregt, zu versuchen, mit den badischen Nachbarstädten Lanterbach, Gerlachshausen, Königshofen und Landa einen Zweckverband zu schließen und gemeinsam die Gasfrage auf dem Wege der Fernleitung einer Lösung zuzuführen. Diesem Antrag wurde zugestimmt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse		
100 holl. Gulden.		169,05
100 franz. Franken		16,53
100. schweiz. Franken		81,23

Börsenbericht.

An der Börse herrschte am Wochenende große Geschäftsluft und die Kurse gaben nach.

Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. W.

L.C. Stuttgarter Landesproduktbörse vom 25. Febr.
Edelepfel 35—45, Tafeläpfel 20—35, Tafelbirnen 18 bis 25; Gemüse: Kartoffeln 7—8, Endiviasalat 15—25; Wirsing 8—12; Filderkraut 6—8; Weißkraut rund 6—8; Rotkraut 7 bis 10; Blumenkohl ausländ. 30—100; Rosenkohl 10—25; 1 Pfd. 25—35; Grünkohl 8—10; rote Rüben 8—10; gelbe Rüben 7—9; Zwiebeln 1 Pfd. 7—9; Rettiche 3—8; Sellerie 1 Stück 10—30; Schwarzwurzeln 30—35; Spinat 35—45; weiße Rüben 4—5.

Viehpreise.

Balingen: Farren 820—1050, Ochsen und Stiere 620 bis 750, Anseflinge 460—590, trüchtige Kühe 480—620, Wurstkühe 210—340, Kalbinnen 460—650, Jungvieh ¼ bis ½jährig 150—200, ¼—1jährig 220—270, bis 1½jährig 290—400, Pferde 400—750 M. — Murrhardt: Farren 360—380, Ochsen und Stiere 240—715, Kühe 280—590, Kalbinnen und Rinder 165—580 M das Stück.

Schweinepreise.

Bühlertann: Milchschweine 22—32 M. — Dörzbach a. d. Z.: Milchschweine 22—23 M. — Niederstetten: Milchschweine 25—30 M. — Pforzheim: Milchschweine 27 M. — Sigmaringen a. F.: Läufer 40—80, Milchschweine 25—35 M. — Wangen a. A.: Ferkel 20—28 M das Stück.
Alten: Milchschweine 20—33 M. — Bopfingen: Läufer 50—70, Saugschweine 20—35 M. — Lauingen: Saugschweine 17—29, Läufer 35—60 M. — Herrenberg: Milchschweine 25—32, Läufer 45—62 M. — Rottenburg: Milchschweine 23—38, Läufer 51 M. — Weilderstadt: Milchschweine 17—32 M das Stück. — Tuttlingen: Milchschweine 18—25, Läufer 39—42 M.

Fruchtpreise.

Alten: Kernen 14,80—15,30, Weizen 14,50, Roggen 12—12,30, Gerste 14, Haber 10—11 M. — Heidenheim: Kernen 15,70, Weizen 14,60, Roggen 11,80, Haber 10,35 Mark. — Nördlingen: Weizen 14,30—14,50, Roggen 12,60 bis 13, Gerste 13,20—13,50, Haber 11,80—12,20, Bohnen 11—11,70 M. — Lauingen: Weizen 13,50—14,30, Roggen 12—12,30, Gerste 11,80—13, Haber 9,70—12 M. — Lentkirch: Roggen 14—16, Gerste 13,50, Haber 11,50—13, Weizen 10,50 M. — Mengen: Gerste 13,50, Haber 10,20 Mark. — Niedlingen: Saatgerste 14, Gerste 13,40—13,70, Haber 11—11,30, Saathaber 13 M. — Saulgau: Gerste 13,50—13,60, Roggen 12,70, Haber 10,25 M. — Urach: Weizen 10,50—11, Gerste 13,60, Haber 11—11,70, Weizen 15—15,50, Kernen 11,80, Linsen 16 Mber Zentner.
Döhlenhausen: Haber 10,90—11 M. — Pfullendorf: Weizen 14—14,80, Roggen 13—13,25, Gerste 12,80—13, Haber 10,50—11, Spelz 11,25—11,30, Saathaber 11,75 M der Zentner.

Die detaillierten Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Berichtigungen in Betracht kommen. D. Schriftlitz

Calw, den 27. Februar 1927.

Statt Karlsruhe!



Nach kurzer Krankheit ist heute mein lieber Bruder, unser guter Onkel

Friedrich Schmälzle

in die ewige Heimat abgerufen worden.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Luise Moersch Witwe.

Beerdigung Dienstag nachmittags 2 Uhr.

Calw, den 28. Februar 1927.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters

Johannes Stelz

sagen auf diesem Wege ihren tiefgefühlten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gesangbücher

und Tragtaschen
in großer Auswahl billigst bei

C. Bub, Buchbinder
Salzgasse.

Wilhelm Wackenhuth
Calw
empfiehlt

Draht-Geflechte
4 u. 6 kant. prima verzinkt

**Stachel-,
Spann- u. Bindedraht**
bei größeren Mengen Sonderpreise.

Ferner übernehme ich die
Lieferung und Aufstellung
von

kompletten Einfriedigungen
bei äußerster Berechnung

Konfirmandenanzüge

in großer Auswahl, neuen Formen
und vorteilhaften Preisen

Paul Käuchle, am Markt, Calw

Inferieren bringt Erfolg!

Fisch- tran

für Schweine billigst zu
haben bei

R. Hauber.

Eingetroffen:

**Prima württ.
gelbst. Industrie**

Gaat- u. Speise- Kartoffeln

**Gehr. Schlanderer,
Unterreichenbach**
Fernsprecher 2.

Braves, fleißiges

Mädchen

für besseren Haushalt in die
Nähe gesucht.

Nähere Angaben unter
z. S. 48 an die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

3-4-Zimmer- Wohnung

zu mieten gesucht.

(Evtl. kann 3-Zimmer-
wohnung in Tausch gegeben
werden). Zu erst. auf der
Geschäftsstelle ds. Bl.

Hübsch möbliertes

Zimmer

sofort oder später zu ver-
mieten.

Reichert
Obere Marktstraße 18

Lebensmittel- Großhandlung

würde gutsituierten Leuten
die eine Spezereihandlung
ansuchen, Waren geg. Ziel
geben. Angeb. unt. z. S. 48
an die Geschäftsstelle ds. Bl.
erbeten.

Unterleingehardt.

Heu-Verkauf.

Der Unterzeichnete hat
etwa 40-50 Zentner unbe-
regnet eingebrachtes

Ackerheu

zu verkaufen
Altschultheiß Kappler.

Ein deutscher

Schäferhund

(Hündin)
sehr wachsam, kinder- und
geflügelfromm, geeignet für
Fabrik oder Villa, umstäbe-
halber zu verkaufen

Kreis, Station Leinach.

Oberkollbach.

Läufer Schweine

verkauft
Großhans.

Stier

oder zu tauschen gegen gef.
Arbeits-Pferd.
Wer, sagt die Geschäftsstelle
ds. Bl.

Eine zum 2. mal 28 Wochen
trächtige



Schaffkuh

unter zwei die Wahl, ver-
kauft.
Karl Gayde
Simmozheim.

Hedwig Kömpf

Hans Rothfuß

Verlobte

Stammheim

Oberndorf a. N.
Mittelal

Februar 1927

Gasthof Bad. Hof Calw

DIENSTAG, den 1. März 1927
abends 8 Uhr

Große allgemeine Redoute!

ORCHESTER:
Eine Abteilung der Stadtkapelle

Achtung! Dienstagabend
statt Kappenabend großer

Hutabend

in Calw im Gasthaus
zum „Lamm“.



Der Fasching wird in der
Brauerei Dreiß Dienstag abd.
nach dem Nachessen zu Grabe
getragen. Helft alle mit und kommt, was
tanzen kann. Das Narrenkomitee.

Nieder mit



Arbeits-
losigkeit!

Riesentrübhub

Spinner und Spinnerinnen
erscheint in Massen!
Heut am blauen Montag
28. Febr., 10 Uhr wird
im Babilischen Hof eine

Spinnerei

neu eröffnet. Arbeitgeber:
Fußballverein Calw e. V.
Eintrittspreise: Mitgl. 1 M.
Nichtmitgl. 2 M. Jedes Mit-
glied kann 1 Dame zum Ein-
trittspreis von 50¢ einführen
Perf. u. 16 Jahr. hab. keinen
Zutritt. Kopfbedeckung und
Schwarzartikel auf dem Spin-
nereibüro (Kasse) erhältlich.
Maskenabzeichen (als Ein-
trittskarte) obligatorisch,
werden ab heute an der
Kasse abgegeben
24 Uhr Demaskierung

Maskenball

Privatnähschule

Vom 1. April ab beginne ich wieder
mit einem neuen

Kurs im Weißnähen
(Hand- und Maschinennähen)
sowie i. Sticken u. Kleidernähen
Anmeldungen nimmt entgegen
Frau M. Schmid, Calw, Altbürgerstraße